



ROLAND-BRIEF

Informationen zur Kommunalpolitik

Mai 2006

Herausgeber: Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Ausgabe 5

Flächendeckende Einheitsgemeinden?!

In der Koalitionsvereinbarung von CDU-SPD wird das Ziel genannt, „im Rahmen einer Freiwilligkeitsphase bis zu den Kommunalwahlen 2009 flächendeckend Einheitsgemeinden zu bilden. Kommt es dazu nicht, ist noch im Laufe dieser Legislaturperiode die gesetzliche Einführung von Einheitsgemeinden zum 01. Juli 2011 vorzunehmen. Um den Prozess zu begleiten, erarbeitet die Koalition in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Leitbild.“

In der Mitgliederversammlung des SGSA am 08.05.2006 in Merseburg betonte Frau Budde als Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, dass diese Zielsetzung durchgesetzt werde. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Scharf, hob die Leitbilddiskussion als besonders wichtig hervor, ließ aber keinen Zweifel daran, dass sich die CDU an diese Vereinbarung halten werden. Der Ministerpräsident unterstrich diese Haltung und legte besonderen Wert auf eine sorgfältige Erarbeitung des Leitbildes, die sicher auch Zeit benötige. Der Vorsitzende der Fraktion Linkspartei.PDS, Herr Gallert, befürwortete dagegen auch das Modell der Verwaltungsgemeinschaft, wenn ihr überörtliche Aufgabe übertragen würden und sie nicht mehr als 10 Mitglieder hätte. Prof. Paqué als Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion sprach sich für Einheitsgemeinden aus, lehnte einen Zwang aber ab. Bis 2008 sollten die Erfahrungen mit den vergrößerten Verwaltungsgemeinschaften ausgewertet werden.

In der nachfolgenden Aussprache gab es Diskussionsbeiträge von Bürgermeistern und Verwaltungsamtsleitern sowohl für eine Bildung von Einheitsgemeinden wie für das Modell der Verwaltungsgemeinschaft. Am Ende dieses Tagesordnungspunktes verwies Landesgeschäftsführer Dr. Kregel auf die bestehende Beschlusslage des Verbandes. Danach soll auch das fortentwickelte Modell der Verwaltungsgemeinschaft mit einer vergleichbaren Leistungsfähigkeit möglich sein. Wegen der größeren Effizienz ergeben sich Vorteile für das Modell der Einheitsgemeinde, die deshalb vorrangig angestrebt werden sollte.

Am 10.05.2006 veröffentlichte das Innenministerium folgende Pressemitteilung: „Die Koalition hat zur Bildung von Einheitsgemeinden eine unmissverständliche Vereinbarung getroffen. Bis 2009 werden freiwillig, bis 2011 werden durch Gesetz in ganz Sachsen-Anhalt Einheitsgemeinden gebildet. Um dieses Ziel zu erreichen, wird in Kürze mit der Erarbeitung eines Leitbildes begonnen. In diesen Prozess werden die kommunalen Spitzenverbände eng eingebunden. Am Ende dieses Prozesses wird es in Sachsen-Anhalt keine Verwaltungsgemeinschaften mehr geben. Für andere Spekulationen bietet die Koalitionsvereinbarung keinen Raum.“

RB 05-01

Nationaler Normenkontrollrat

Die Koalitionsfraktionen im Bundestag haben den Gesetzentwurf zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrats beim Bundeskanzleramt vorgelegt. Er soll die Aufgabe haben, die Regierung dabei zu unterstützen, die gesetzlich verursachten Bürokratiekosten zu reduzieren. Dabei soll eine standardisierte Bürokratiekostenmessung stattfinden. Die acht Mitglieder werden auf Vorschlag der Bundeskanzlerin vom Bundespräsidenten für 5 Jahre berufen und sind ehrenamtlich tätig. Maßgebliches Instrument für die Messung der Bürokratiekosten ist das Standardkosten-Modell. Es wurde in den Niederlanden entwickelt und wird bereits in Großbritannien, Dänemark und Tschechien verwendet. Gemessen werden die Kosten, die sich aus Informationspflichten ergeben. Erfasst werden die Zeit- und Personalressourcen, die für das Ausfüllen von Anträgen und Formularen, das Führen von Registern, Statistiken und Nachweisen im Unternehmen notwendig sind. Bürokratieaufwand aufgrund der inhaltlichen Regelungen sowie Kosten des Bürgers oder der Verwaltung sind nicht einbezogen. Es ist zu wünschen, dass ein Verfahren zur anerkannten Bürokratiemessung praxiswirksam wird und auch die Bürokratiebelastungen erfasst, die Kostenfaktoren bei den Städten und Gemeinden sind.

RB 05-02

Bundeskabinett beschließt Steueränderungsgesetz 2007

Das Kabinett hat den Entwurf des Steueränderungsgesetzes 2007 beschlossen, das Beiträge zur Sanierung der öffentlichen Haushalte und zur Steuervereinfachung leisten soll. Wesentliche Punkte:

- Absenkung der Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld bzw. kindbedingten Steuerfreibeträgen auf das 25. Lebensjahr
- Beschränkung der Entfernungspauschale auf mehr als 21 km entfernte Arbeitsstellen
- Absenkung des Sparerfreibetrages auf 750 €/Ledige bzw. 1.500 € für zusammen veranlagte Ehegatten
- Kosten des Arbeitszimmers sind nur abzugsfähig, wenn es den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit bildet
- Zuschlag auf Einkommensteuer für Einkommen über 250.000 €/500.000 € (Ledige/zusammen veranlagte Ehegatten)
- Bis zum In-Kraft-Treten einer Unternehmenssteuerreform sind Gewinneinkünfte von Unternehmen ausgenommen
- Schließung von Steuerlücken im Bereich der beschränkten Steuerpflicht
- Abschaffung der Bergmannsprämie
- Änderung des Gesetzes über Steuerstatistik

Das Gesetz soll zu Steuermehreinnahmen bei Bund, Ländern und Kommunen von anfänglich knapp 2 Mrd. € führen, die bis 2010 auf fast 5,5 Mrd. € ansteigen. Der Anteil der Kommunen macht etwa 13 % der Steuermehreinnahmen aus. Der Steuerzuschlag wie auch die Begrenzung der Pendlerpauschale sind verfassungsrechtlich umstritten.

RB 05-03 → www.bundesfinanzministerium.de

Entwicklung der kommunalen Schulden

Nach der Schuldenstatistik des Statistischen Landesamtes betragen die Kreditmarktschulden der kreisangehörigen Gemeinden am 31.12.2005 1,75 Mrd. € (903 €/Einwohner) und sind gegenüber dem Vorjahr um 1,7 % gesunken. Bei den Kreisfreien Städten belief sich die Verschuldung am Kreditmarkt auf 671,6 Mio. € (1.231 €/Einwohner) und sank gegenüber dem Vorjahr um 2,4 %. Die Landkreise waren am letzten Jahresende mit 867,5 Mio. € verschuldet (448 €/Einwohner). Ihre Kreditmarktschulden sind um 0,3 % gestiegen. Die stagnierende Entwicklung der Kreditmarktschulden ist zurückzuführen auf die allenfalls noch sehr eingeschränkt zulässige Aufnahme von Krediten. Bei unausgeglichenen Haushalten werden Kreditermächtigungen in den Haushaltssatzungen kaum noch genehmigt.

Der isolierte Blick auf die Kreditmarktschulden der Kommunen erfasst die finanzielle Lage nicht annähernd. Zum Jahresende 2005 ist nämlich ein weiterer Anstieg der Kassenkredite festzustellen. Bei den kreis-

angehörigen Gemeinden beläuft sich die Summe der Kassenkredite auf 250,25 Mio. € (129 €/Einwohner), bei den Kreisfreien Städten auf 308,89 Mio. € (566 €/Einwohner) und bei den Landkreisen auf 241,74 Mio. € (124,7 €/Einwohner). Der eigentliche Zweck der Kassenkredite besteht in der Sicherstellung der Liquidität der Kommune. Angesichts der Finanznöte bei der Finanzierung ihrer Aufgaben erhalten diese vorübergehenden Kreditmittel aber leider bereits den Charakter von Darlehen. Gegenüber dem Vorjahr sind die Kassenkredite insgesamt um 46 % gestiegen! Schon deshalb gibt es keinen Grund, wegen der bei der Gewerbesteuer zu verzeichnenden Steuermehreinnahmen in den letzten Monaten die Finanzmisere der Kommunen als behoben anzusehen. Hinzu kommt, dass gerade die Gewerbesteuereinnahmen sich sehr ungleichmäßig verteilen und nicht für alle Gemeinden und Kreise eine Entlastung darstellen.

RB 05-04

Vertrauen in die Sparkassen

Die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FORSA zeigen ein hohes Vertrauen der Deutschen in die Sparkassen, insbesondere in Umbruchzeiten. Die Ergebnisse der Umfrage sind beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband per E-Mail abrufbar.

Den Schutz des Namens „Sparkasse“ im Kreditwesengesetz hält die Bundesregierung für gerechtfertigt. Das ergibt aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion (BT-Drs.16/1238). Die EU-Kommission hat gegen die Bundesrepublik ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Nach Auffassung der Bundesregierung dient die Regelung dem Schutz des Wirtschaftsverkehrs und der Verbraucher, die mit der Bezeichnung „Sparkasse“ bestimmte Merkmale, wie öffentliche Trägerschaft, regionale Ausrichtung und besondere Einlagensicherheit verbinden. Der Name „Sparkasse“ sei aber keine Voraussetzung dafür, sich in einem bestimmten Geschäftsfeld zu betätigen und insofern nicht wettbewerbsbeschränkend. Da sie keinen Verstoß gegen gemeinschaftsrechtliche Anforderungen erkennen kann, plant die Bundesregierung zur Zeit keine Novellierung des Kreditwesengesetzes. Der Ausgang der Gespräche mit der EU-Kommission bleibt abzuwarten.

RB 05-05

OSV-Unternehmerpreis – Kommune des Jahres wird gesucht

Ab 01. Mai 2006 können sich Unternehmer, Kommunen und Vereine in den Kategorien „Unternehmer des Jahres“, „Kommune des Jahres“ und „Verein des Jahres“ bewerben. In jeder Kategorie wird ein Landessieger für Sachsen-Anhalt ausgezeichnet. Die Preise werden auf dem Unternehmerkonvent des Ostdeutschen Sparkassenverbandes verliehen. Die „Kommune des Jahres“ soll

ein hervorragendes Beispiel der Wirtschaftsförderung darstellen und ein lebenswerter und attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort sein. Unter den Vereinen wird einer gesucht, der durch das Engagement seiner Mitglieder zum Zusammenleben in der Region besonders beiträgt und hervorragende Leistungen von hoher gesellschaftlicher und regionaler Bedeutung vorweisen kann.

Teilnehmerunterlagen können beim Ostdeutschen Sparkassenverband, Abt. Markt, und im Internet bestellt werden. Einsendeschluss ist der 30. Juli 2006.

RB 05-06 → www.osv-online.de

FUK: Feuerwehrunfälle steigen

Die Feuerwehr-Unfallkasse Sachsen-Anhalt hat ihren Jahresbericht 2005 vorgelegt. Die Arbeitsunfälle pro 1000 Versicherte stiegen 2005 auf 12,26, während sie noch 2004 bei 10,63 lagen. Bedenklich stimmt die Tatsache, dass die meisten Unfälle bei feuerwehrdienstlichen Veranstaltungen (31,7 %) geschehen, gefolgt vom Übungsdienst (30,6 %) und erst an dritter Stelle im eigentlichen Einsatzdienst, bei der Brandbekämpfung und der technischen Hilfeleistung (22,4 %). Das Unfallgeschehen im Einsatz ging um 6,3 % zurück und stieg bei feuerwehrdienstlichen Veranstaltungen um 2,1 % an. Insgesamt wurden 777 Unfälle bei der Erfüllung von Feuerwehraufgaben im Jahr 2005 registriert. Eine nähere Analyse der Unfälle bei feuerwehrdienstlichen Veranstaltungen zeigt, dass einige dieser Unfälle durchaus zu vermeiden gewesen wären. Die FUK stellt auch in Frage, ob es sich bei allen durchgeführten Tätigkeiten wirklich um Feuerwehrveranstaltungen im eigentlichen Sinn handelt.

In Sachsen-Anhalt gibt es 1.733 Freiwillige Feuerwehren und 4 Berufsfeuerwehren. 63.249 freiwillige Feuerwehrmitglieder, davon 11.365 Angehörige der Jugendfeuerwehren, geben der Bevölkerung Sicherheit und Hilfestellung in Notlagen.

RB 05-07

EU-Führerschein kommt

Spätestens 2031 müssen Autofahrer in der EU ihre Führerscheine gegen den einheitlichen EU-Führerschein im Checkkartenformat umtauschen. Die Richtlinie mit dieser Vorgabe soll in 2 Jahren in Kraft treten und innerhalb von 4 Jahren in nationales Recht umgesetzt werden. Danach beginnt eine 20-jährige Umtauschfrist. Die EU-Führerscheine haben je nach Mitgliedstaat eine Gültigkeit zwischen 10 und 15 Jahren und müssen danach erneut ausgestellt werden. Dadurch soll dem so genannten Führerscheintourismus begegnet werden, bei dem sich Verkehrssünder nach dem Entzug der Erlaubnis einen neuen Führerschein in einem anderen EU-Staat besorgen.

RB 05-08

Schulen ans Netz

Die Deutsche Telekom stellt seit dem Jahr 2000 im Rahmen des Projekts t@school den Schulen in Deutschland einen kostenfreien Zugang zum Internet zur Verfügung. Über 34.000 Schulen nehmen das Angebot wahr. Das Unternehmen hat angekündigt, das Projekt auszuweiten. Allen Schulen, die bisher einen t-DSL-Anschluss mit 768 Kbit/s Übertragungsrate nutzen, können künftig Breitbandanschlüsse mit bis zu 6 Mbit/s (t-DSL 6000) im Schulalltag verwenden. Neue Anwendungen im Bereich Multimedia und die verstärkte Nutzung des Internets im Unterricht werden mehr Bandbreite verlangen. Die Deutsche Telekom wird Kommunen, deren Schulen t@school bereits nutzen, anschreiben und das Verfahren zur Ausweitung des Angebots erläutern.

RB 05-09

Präqualifizierungsverfahren für Bauunternehmen

Seit Ende Januar läuft das bundesweite Präqualifizierungsverfahren für Unternehmen, die sich an der Vergabe öffentlicher Bauaufträge beteiligen wollen. Bei 6 akkreditierten Stellen können sich Bauunternehmen für alle auftragsunabhängig zu erbringenden Eignungsnachweise zertifizieren lassen. Die so genannte Präqualifikation gilt grundsätzlich für ein Jahr und innerhalb dieser Frist brauchen zertifizierte Unternehmen bei Bewerbungen und Angeboten in der Regel nur noch die Unterlagen einreichen, die besondere für den Auftrag erforderliche Fähigkeiten nachweisen.

Zugelassene Präqualifizierungsstellen sind

- die BVQI Deutschland GmbH (www.pqstelle.de),
- die Deutsche Gesellschaft für Qualifizierung und Bewertung mbH (www.dqb.info),
- die QCM-Consult GmbH (www.qcmconsult.de),
- die VMC – Vergabe-Management-Consulting (www.vergabeconsult.at),
- die Zertifizierung Bau e.V. (www.zertbau.de)
- die DVGW-Zertifizierungsstelle (www.dvgw.de).

Das Angebot der Zertifizierungsstellen unterscheidet sich nach Leistungszuschnitt und Gebühren nicht unerheblich. Nähere Informationen sind unter den angegebenen Internetadressen erhältlich. Präqualifizierte Unternehmen werden in eine Liste aufgenommen, die zentral von der Geschäftsstelle des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen verwaltet wird.

RB 05-10 → www.pq-verein.de

Soziale Stadt 2006

Eine Gemeinschaftsinitiative aus Politik, Wissenschaft, Wohnungswirtschaft und Wohlfahrt hat den Preis „Soziale Stadt 2006“ ausgelobt. Mitinitiator ist der Deutsche Städtetag. Der Wettbewerb beabsichtigt, das Interesse

einer breiten Öffentlichkeit für die sozialen Probleme und Aktivitäten in den Stadtquartieren wach zu halten und die Akteure zu ermutigen, ihre Erfahrungen bei der Unterstützung des Miteinanders der verschiedenen Gruppen von Stadtbewohnern bekannt zu machen. Gefragt sind Projekte, die zeigen, wie sozialen Konflikten innerhalb der Nachbarschaften und krisenhaften Entwicklungen begegnet werden kann. Den Initiatoren geht es auch darum, die Bemühungen um ein soziales Miteinander zu würdigen.

Um den Preis können sich Akteure mit Projekten bewerben, die besondere Formen des Zusammenwirkens verfolgen. Der Wettbewerb wendet sich an die klassischen Träger der Stadtentwicklung wie z. B. Wohnungsunternehmen und private Investoren unterschiedlicher Ausrichtung, Kommunen und Träger der Freien Wohlfahrtspflege, will zum anderen aber auch Akteure zur Teilnahme ermuntern, die nur selten im Wohnungs- und Städtebau auftreten wie z. B. Bürgervereine, Organisatoren von Begegnungsstätten, Gewerbetreibende, Schulklassen und andere. Die Teilnahme von Projekten ist unabhängig davon, ob sie in einem Fördergebiet liegen oder finanziell unterstützt werden.

Die Geschäftsstelle des Wettbewerbs ist angesiedelt beim vhw-Bundesverband für Wohnungseigentum und Stadtentwicklung e.V., Berlin, Straße des 17. Juni 114, 10623 Berlin. Einsendeschluss ist der **14. Juli 2006**. Die Preisverleihung ist für Januar 2007 vorgesehen. Nähere Informationen erhalten Sie über den Deutschen Städtetag.

RB 05-11 → www.staedtetag.de/Veranstaltungen

Hilfe für Existenzgründer

Kommunale Stellen können angehende Existenzgründer noch gezielter und schneller unterstützen. Ein Informationssystem für Berater macht es möglich. Der Gründungsberater findet alle für Unternehmensgründung relevanten Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften zugeschnitten auf das jeweilige Vorhaben bei einer Online-Recherche. Sie liefert neben den gesetzlichen Bestimmungen auch Ansprechpartner und Anlaufstellen. Eine Liste mit allen gründungsrelevanten Schritten lässt sich Punkt für Punkt abarbeiten. Die Startothek wurde von der KfW Mittelstandsbank auf Initiative der Bundesregierung entwickelt und steht seit März 2006 allen Interessenten gegen eine Jahresgebühr von 365,00 € zur Verfügung. Wer das System nur gelegentlich nutzen möchte, kann eine Zweitageslizenz zum Preis von 48,00 € erhalten.

RB 05-12 → www.startothek.de

Stadt der Wissenschaft 2008 gesucht

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sucht für das Jahr 2008 Deutschlands „Stadt der Wissenschaft“. Mit diesem zum 4. Mal ausgetragenen Wettbewerb soll dazu beigetragen werden, dass sich die Städte ihres Potenzials in Wissenschaft, Forschung

und Technologie bewusst werden und für die Schaffung von Netzwerken zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie Wissenschaft und Kultur aktiv einsetzen. Der Wettbewerb richtet sich an klassische Universitätsstädte und bekannte Technologieregionen ebenso wie an Städte, die ihr Profil als Wissenschaftsstadt erst entwickeln. Ausgezeichnet wurden bisher Bremen (2005), Dresden (2006) und Braunschweig (2007).

RB 05-13 → www.stadt-der-wissenschaft.de

Lkw-Maut steigt

Die Einnahmen aus der Lkw-Maut haben mit 270 Mio. Euro im März 2006 einen neuen Höchststand erreicht. Im Vorjahr waren es im gleichen Monat noch 33 Mio. Euro weniger. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres konnten 729 Mio. Euro eingenommen werden. Das sind 68 Mio. Euro mehr als im selben Vorjahreszeitraum. Die entfernungsabhängige Maut wurde am 01.01.2005 für Lkw's ab 12 t Gesamtgewicht eingeführt und ist abhängig von der Höhe der Schadstoff-Emissionen und der Achsen eines Lkw's. Der durchschnittliche Mautsatz beträgt 12,4 Cent pro gefahrenen Kilometer.

RB 05-14

Aufgabenübertragung und Ausschreibungspflicht

Die Vergabekammer bei der Bezirksregierung Köln hat in einem Beschluss vom 09.03.2006 (VK VOL 34/2005) die Übertragung der Abfallentsorgung von nordrhein-westfälischen Gemeinden auf einen Zweckverband als vergaberechtskonform eingestuft. Auch die Aufgabenübertragung vom Zweckverband auf eine Anstalt öffentlichen Rechts ohne Ausschreibung sei nicht zu beanstanden. Es handle sich um eine delegierende Übertragung von Aufgaben und damit nicht um einen öffentlichen Auftrag im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Ein Beschaffungsvorgang öffentlicher Auftraggeber auf dem Markt sei nicht gegeben.

RB 05-15

Das Zitat zum Schluss:

„Standards sind wie Bunker: Massiv und einfach gebaut, aber schwer zu beseitigen.“

Impressum:

SGSA, Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Verantwortlich:

Landesgeschäftsführer Dr. Bernd Kregel



Sie können den Roland-Brief als Newsletter abonnieren unter www.komsanet.de (SGSA, Informationen).